

Dies ist eine Rechnung, die niemals aufgehen und hingenommen werden kann, wenn die inländische Landwirtschaft überleben soll. Erst recht kann nicht akzeptiert werden, dass innerhalb einer Anpassungsfrist von 10 bis 15 Jahren ausgerechnet die Zahl der hauptberuflichen Bauern verringert werden müsste, um den Einkommensausfall zu kompensieren.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 28. August 1991

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 28 août 1991

1. Mit Professor Hauser und den von ihm beigezogenen Experten konnten ausgewiesene Forscher gewonnen werden, welche Gewähr für eine sorgfältige Abklärung der verschiedenen Fragen bieten. Die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse der Studie decken sich zudem in ihren grossen Zügen mit denjenigen anderer Untersuchungen, welche in verschiedenen Ländern, aber auch von der EG selber, durchgeführt worden sind. Der Bundesrat hat daher keine Veranlassung, die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Untersuchung anzuzweifeln. Die mit 4 bis 6 Prozent bezifferten Wohlstandsgewinne kommen in den Integrationsszenarien unter der ausdrücklichen Annahme einer gleichbleibenden globalen Beschäftigung zustande. Sie sind im wesentlichen auf die Liberalisierung verschiedener Märkte – insbesondere auch des Arbeitsmarktes – zurückzuführen, welche zu einer Beschleunigung des strukturellen Wandels führen würde. Bei unveränderter globaler Beschäftigung würde dies zwangsläufig dazu führen, dass Arbeitskräfte in gewissen Sektoren freigesetzt und anderen zugeführt würden. Die Landwirtschaft wäre dabei nicht der einzige Sektor, dessen Anteil an der Beschäftigung abnehmen würde.

2. Die Ergebnisse der Studie von Professor Hauser über die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Teilnahme der Schweiz am EWR oder eines schweizerischen EG-Beitrittes betreffen die Wirtschaft als Ganzes. Der Wohlfahrtsgewinn von 4 bis 6 Prozent während der Anpassungsphase von 10 Jahren muss in diesem Sinne verstanden werden. Auf makroökonomischer Ebene gibt es keine merklichen Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Szenarien, der Teilnahme am EWR und dem EG-Beitritt.

Dass beim gewählten Modellansatz makroökonomisch kein Unterschied zwischen EWR- und EG-Beitritt sichtbar wird, schliesst nicht aus, dass die beiden Szenarien für einzelne Branchen unterschiedliche Folgen haben. Dies ist insbesondere für die Landwirtschaft der Fall. Nur im Fall eines EG-Beitritts würde die Schweiz die gemeinsame Landwirtschaftspolitik der EG übernehmen. Die in der Studie von Professor Hauser dargestellten Auswirkungen auf die Landwirtschaft beziehen sich ausschliesslich auf den Fall eines schweizerischen EG-Beitritts.

Die von der Studie vorhergesehenen positiven Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft sind ein Argument für eine Teilnahme der Schweiz am EWR. Sie sind jedoch nicht das einzige Beurteilungselement, das der Bundesrat in Betracht zieht. Eine Nichtteilnahme der Schweiz am EWR würde uns um den ungehinderten Zugang zum grossen europäischen Markt bringen. Sie würde im weiteren, mindestens teilweise, den Zugang unserer Unternehmen und Institute zu den EG-Forschungsprogrammen und die Beteiligung der Schweiz an den EG-Ausbildungsprogrammen verunmöglichen. Auf politischer Ebene muss der Bundesrat das Risiko einer Isolierung unseres Landes gegenüber den Ländern eines zukünftigen EWR in Betracht ziehen.

3. Zunächst ist festzuhalten, dass die Integrationspolitik des Bundesrates nicht auf wirtschaftliche Überlegungen reduziert werden kann. Der Bundesrat hat in seiner Erklärung vom 10. Mai seinen festen Willen unterstrichen, dass die Schweiz voll am Aufbau Europas mitwirkt. Angesichts der in wenigen Monaten erfolgten Umwälzungen auf unserem Kontinent (Osteuropa, Wiedervereinigung Deutschlands, beschleunigte Entwicklung innerhalb der EG) wäre ein isolationistisches Vorgehen der Schweiz mehr denn je ihren langfristigen Interessen abträglich und stünde im Widerspruch zu einer vom Solidaritätsgedanken getragenen Europapolitik, die ganz Europa im

Auge hat. Dies in allen Bereichen, nicht nur im wirtschaftlichen.

Im spezifisch wirtschaftlichen Bereich sagt der Bericht von Professor Hauser aus, dass die Liberalisierung des schweizerischen Arbeitsmarktes und die Oeffnung der bisher geschützten schweizerischen Märkte im Prinzip auch «im Alleingang» erfolgen könnten. Dies jedoch unter zwei Bedingungen:

– einerseits müsste die Schweiz die politische Kraft haben, die Reformen auch ohne äusseren Druck durchzuführen;
– andererseits müssten uns unsere EWR-Partnerländer die Reziprozität, d. h. den ungehinderten Marktzugang für unsere Güter, Dienstleistungen, Personen und Investitionen, gewährleisten.

Die erste der beiden Bedingungen dürfte nicht einfach zu erfüllen sein, wenn man von den Eigenheiten unseres politischen Systems ausgeht (Referendum, zeitliche Aspekte der parlamentarischen Behandlung). Zur zweiten Bedingung: Der Entscheidung der Schweiz, autonom zu liberalisieren, garantiert ihr noch nicht den ungehinderten Zugang zu den europäischen Märkten. Diese Garantie ist gerade das Ziel des EWR-Vertrages. Der Vertrag wird unseren Wirtschaftsteilnehmern die gleichen Konkurrenzbedingungen wie ihren europäischen Konkurrenten gewähren.

Präsident: Der Interpellant beantragt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion

offensichtliche Mehrheit

Dagegen

Minderheit

Verschoben – Renvoyé

91.3215

**Interpellation Pini
Friedensprozess im Nahen Osten.
Aufhebung des Wirtschaftsembargos
gegen den Irak**

**Interpellanza Pini
Processo di Pace nel Vicino Oriente.
Levata dell'embargo economico
contro l'Iraq**

**Interpellation Pini
Processus de paix au Proche-Orient.
Levée de l'embargo économique
sur l'Irak**

Wortlaut der Interpellation vom 20. Juni 1991

Obwohl unser Land nicht Mitglied der Uno ist, hat es sich allen Massnahmen im Zusammenhang mit dem vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einmütig beschlossenen Embargo gegen den Irak angeschlossen.

Als am 27. Februar dieses Jahres die militärischen Operationen der multinationalen Uno-Streitkräfte zur Befreiung des am 2. August 1990 überfallenen und besetzten kuwaitischen Staates beendet waren, stellten sich die Probleme des zivilen Wiederaufbaus und der humanitären Hilfe zur Normalisierung der Lebensbedingungen der vom Golfkrieg betroffenen Bevölkerung. Diese Probleme erweisen sich als äusserst schwerwiegend und bedürfen einer raschen Lösung.

Ich frage den Bundesrat:

1. Welche Vorschläge gedenkt er auszuarbeiten, um den Frieden im Nahen Osten zu stärken?

2. Welche Massnahmen gedenkt er vorzuschlagen, um die Leiden der vom Golfkrieg betroffenen Zivilbevölkerung zu lindern?



3. Meint der Bundesrat nicht, der Moment sei gekommen, die Aufhebung des Embargos gegen den Irak vorzuschlagen, soweit dieses Wirtschaftssanktionen beinhaltet, damit der Wiederaufbau der zivilen Einrichtungen in diesem Land beschleunigt werden kann? Die Bevölkerung des Irak lebt am Rande dessen, was Menschen ertragen können. Dies ist unter anderem zurückzuführen auf:

- a. den Mangel an Strukturen für die medizinische Versorgung der Bevölkerung und an Spitalbauten;
- b. eine ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten;
- c. die Zerstörung von Anlagen und Infrastrukturen;
- d. reparaturbedürftige Trinkwasserleitungen;
- e. die Zerstörung von Gebäuden und Wohnhäusern durch Bombardierungen;
- f. die Zerstörung der Fernmelde netze usw.

Testo dell'interpellanza del 20 giugno 1991

Il nostro Paese, pur non essendo membro dell'ONU, ha adottato tutte le misure previste dall'embargo contro l'Iraq, proposto all'unanimità dal Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite. Terminate vittoriosamente il 27 febbraio u.s. le operazioni militari della forza multinazionale dell'ONU per la liberazione dello Stato del Kuwait, proditoriamente occupato dall'Iraq il 2 agosto 1990, i problemi relativi alla ricostruzione civile e agli aiuti umanitari destinati a normalizzare le condizioni di vita delle popolazioni colpite dalla Guerra del Golfo si sono mostrati e si dimostrano gravi e di urgente soluzione.

Il postulante chiede al Consiglio federale:

1. Quali azioni prepositive intende sviluppare per affermare la Pace nel Vicino Oriente?
2. Quali azioni intende proporre per alleviare le sofferenze civili delle popolazioni colpite dalla Guerra nel Golfo?
3. Il Consiglio federale non ritiene giunto il momento di proporre la levata dell'embargo contro l'Iraq, per quanto attiene le misure di natura economica, allo scopo di permettere un rilancio più celere della ricostruzione civile in questo paese, la cui popolazione vive al limite della sopportabilità umana, dovuta ad esempio a queste situazioni:
 - a. carenza di strutture e attrezzature ospedaliere,
 - b. insufficienza di alimentazione e di medicinali,
 - c. sovra e sottostrutture del genio civile distrutte,
 - d. condotte d'acqua potabile da ripristinare,
 - e. costruzione di edifici e di case abitative distrutti dai bombardamenti,
 - f. ripristino delle reti di telecomunicazione ecc.

Texte de l'interpellation du 20 juin 1991

Notre pays, quoique non membre de l'ONU, a adopté toutes les mesures prévues par l'embargo contre l'Irak, lesquelles ont été décidées à l'unanimité par le Conseil de sécurité des Nations Unies.

Les opérations militaires se sont terminées le 27 février 1991 par la victoire de la force multinationale et la libération de l'Etat du Koweït, occupé traîtreusement par l'Irak le 2 août 1990. Depuis, les problèmes liés à la reconstruction civile et à l'aide humanitaire destinée à normaliser les conditions de vie des populations frappées par la guerre se sont révélés graves et ils nécessitent des solutions urgentes.

L'interpellateur demande au Conseil fédéral:

1. Quelles mesures entend-il prendre pour affermir la paix au Proche-Orient?
2. Que compte-t-il proposer pour soulager les souffrances des populations civiles frappées par la guerre?
3. Ne pense-t-il pas que le moment est venu pour proposer la levée de l'embargo contre l'Irak, du moins en ce qui concerne les sanctions économiques, afin de permettre une relance plus rapide de la reconstruction civile dans ce pays et de soulager les souffrances de la population, lesquelles sont à la limite du supportable, notamment en ce qui concerne les aspects suivants, parmi d'autres:
 - a. manque d'équipements hospitaliers,
 - b. insuffisance de nourriture et de médicaments,
 - c. ouvrages de génie civil en ruines,
 - d. conduites d'eau potable ravagées,

- e. édifices publics et logements détruits par les bombardements,
- f. réseaux de télécommunications hors d'état etc.

Mitunterzeichner – Cofirmatari – Cosignataires: Keine – Nesuno – Aucun

Schriftliche Begründung – Motivazione scritta – Développement par écrit

La vittoriosa azione militare della forza multinazionale dislocata nel Vicino Oriente dall'ONU per sloggiare l'Irak dal Kuwait proditoriamente occupato dal 2 agosto 1990 al 27 febbraio 1991, ha, inevitabilmente, causato dolorose lacerazioni nella vita civile delle popolazioni coinvolte nella Guerra del Golfo. Le distruzioni materiali riguardanti la popolazione civile sono state ingenti. Purtroppo, il processo di affermazione della Pace nel Vicino Oriente non dà ancora i risultati auspicati al termine di questa devastante guerra delle sei settimane. Similmente, come il postulato rileva, anche il processo di normalizzazione della vita civile, soprattutto nell'Irak, è sensibilmente rallentato da situazioni oltremodo difficili da poter risolvere a breve termine.

Il postulante non ha mai sostenuto la ragione dell'applicazione prolungata di un embargo totale contro un Paese che ha contravenuto gravemente alle norme del diritto internazionale, come è stato il caso dell'Irak, invadendo proditoriamente il Kuwait. Similmente, si può ricordare la proposta di sanzioni economiche contro il Sud Africa, nel momento più tragico dell'apartheid. Allora, né il DAE, né la maggioranza del Parlamento diedero seguito alla sollecitazione di applicare le sanzioni economiche anche da parte della Svizzera. Si riteneva che una tale misura, alla fine, avrebbe colpito ancora più l'indigenza delle popolazioni di colore di quel Paese. Sono tutt'ora di questo parere. Sono, inoltre, del parere che il persistente totale embargo economico contro l'Irak sta penalizzando oltre misura una popolazione civile già straziata da una guerra che non ha voluto e provata umanamente e civilmente dall'intransigenza del regime dittatoriale di Saddam Hussein. Basterebbe parlare con i nostri delegati del CICR che tentano di operare efficacemente in questa martoriata zona del Golfo Persico, per avere un'idea sulla dimensione del disastro civile cresciuto durante questa devastante guerra. In nome della tradizione di pace e di aiuto alle popolazioni civili colpite dalla guerra, in nome della nostra altrettanto tradizionale politica di neutralità, il postulante chiede al Consiglio federale di considerare positivamente le proposte avanzate, che si staccano da giudizi di natura prettamente politica o di interesse strategico militare, tutt'ora ancora evocati dai principali Paesi membri della forza multinazionale dell'ONU. Infine, il postulante, auspica che il processo di pace nel Vicino Oriente, per affermare un nuovo ordine di stabilità nelle relazioni interarabe e tra il mondo arabo, l'Occidente e in particolare l'Europa, debba essere promosso anche dalla Svizzera. Per quanto ci riguarda, il postulante ritiene che si deve trovare la via propositiva di un'azione rivolta a questo obiettivo fondamentalmente legato alla Pace e al rispetto universale del diritto internazionale. Dunque, il postulante, auspica un'azione propositiva di pace da parte della Svizzera e non solo una statica disponibilità di eventuali «buoni uffici». In questa direzione e in questo spirito attendo di conoscere la posizione del Consiglio federale.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 11. September 1991

Risposta scritta del Consiglio federale dell'11 settembre 1991

Rapport écrit du Conseil fédéral du 11 septembre 1991

1. Nel corso degli ultimi mesi il Consiglio federale ha avuto ripetutamente l'occasione di illustrare le possibilità e le iniziative della Svizzera a favore di una soluzione di pace nel Medio Oriente e ciò sia in risposta all'interpellanza sul conflitto nel Golfo presentata il 21 gennaio 1991 dal gruppo democratico-cristiano, sia in risposta al postulato Dietrich del 23 gennaio dello stesso anno concernente una conferenza internazionale, sia in risposta alla mozione Bäumlin, recante la stessa

data, circa una nuova politica svizzera nel Medio Oriente, come pure in risposta al postulato del 20 marzo 1991 della Commissione per gli affari esteri.

Per quanto attiene ai provvedimenti del Consiglio federale volti a instaurare una situazione stabile e duratura di pace in questa regione, esso è convinto del fatto che i problemi nel Vicino Oriente debbano essere risolti in primo luogo dai popoli stessi che ivi risiedono. Ciò nonostante la Svizzera tenterà ulteriormente, nell'ambito della sua tradizionale politica di disponibilità, di promuovere il dialogo tra le parti coinvolte. In questo senso è stata reiteratamente rinnovata l'offerta di offrire ospitalità su territorio elvetico a conferenze e incontri multilaterali.

Contemporaneamente il Consiglio federale segue in modo estremamente attento l'evoluzione in questa regione e vaglia tutte le possibilità in cui la Svizzera potrebbe impegnarsi per un'iniziativa di pace. In base a queste considerazioni il Consiglio federale ha accolto la richiesta del segretario generale delle Nazioni Unite approvando la designazione dell'ambasciatore Brunner a rappresentante speciale per il Vicino Oriente.

Per quanto concerne l'appoggio alle iniziative delle Nazioni Unite, il 17 aprile scorso il Consiglio federale ha deciso di mettere a disposizione dell'operazione per il mantenimento della pace delle Nazioni Unite nel settore frontaliero Irak-Kuwait (UNIKOM) due Pilatus Porter, con il rispettivo equipaggio, quale sostegno logistico. Questi due velivoli vengono impiegati sin dal 23 aprile per la sorveglianza della zona smilitarizzata lungo il confine iracheno-kuwaitiano, nonché per il trasporto di persone e di merci. Inoltre, la Svizzera ha informato le Nazioni Unite che sarebbe disposta ad inviare osservatori militari per l'UNIKOM.

Il Consiglio federale ha altresì deciso di dare corso ad una richiesta delle Nazioni Unite di mettere a disposizione dell'Organizzazione cinque esperti C del laboratorio AC a Spiez. La risoluzione No 687 del Consiglio di sicurezza dell'ONU disciplina tra l'altro la questione del disarmo rispettivamente della distruzione delle armi di sterminio di massa irachene. A tale intento è stata istituita una commissione speciale.

La Svizzera mette poi a disposizione dell'ONU cinque specialisti di armi chimiche che, in collaborazione con 200 esperti di altri Paesi, verranno impiegati nell'Irak. Inoltre, come già nel corso della guerra tra l'Iran e l'Irak, il laboratorio AC di Spiez sarà a disposizione dell'ONU per l'effettuazione di analisi. I lavori di tale laboratorio hanno ottenuto il riconoscimento delle cerchie di specialisti del mondo intero.

Questi contributi si inseriscono in una serie di provvedimenti che il Consiglio federale ha già deciso in precedenza. Infatti, tra l'altro, sin dal 1967 la Svizzera mette a disposizione all'Organizzazione delle Nazioni Unite, per la sorveglianza del cessate il fuoco nel Vicino Oriente (UNSTO), un aereo con l'equipaggio. Nell'ambito di questa organizzazione, dall'aprile dello scorso anno sono impiegati cinque osservatori militari svizzeri in Egitto, Israele, Libano, Giordania e Siria. Le truppe ad interim delle Nazioni Unite, stazionate nel Libano (UNIFIL), e le truppe dell'ONU a salvaguardia della pace a Cipro (UNFICYP) ottengono un aiuto finanziario che, nel corrente anno, ammonta a 5,5 milioni di franchi.

2. Oltre all'allentamento delle sanzioni economiche (v. punto 3), dall'inizio della guerra del Golfo il Consiglio federale ha impiegato notevoli mezzi finanziari per soccorrere le popolazioni colpite dal conflitto. Per gli aiuti sono infatti stati messi a disposizione 20 milioni di franchi. Questi aiuti sono stati concessi sotto forma di forniture di viveri da parte della sezione per gli aiuti umanitari ed alimentari, di azioni del Corpo svizzero d'intervento in caso di catastrofi e di sostegni finanziari da parte di organizzazioni a carattere nazionale e internazionale che operano nella zona colpita dalla guerra (CRS, CICR, Organizzazioni delle Nazioni Unite, ecc.).

Prima della guerra e dopo la conclusione del conflitto, il Corpo svizzero d'intervento in caso di catastrofi ha messo ripetutamente a disposizione di organizzazioni internazionali vari specialisti e conosce perciò da vicino le esigenze umanitarie citate nell'interpellanza. Per motivi di sicurezza e di infrastrutture, il Corpo svizzero d'intervento in caso di catastrofi ha rinunciato per ora ad un proprio progetto di ricostruzione in Irak, pre-

stando in sua vece un aiuto finanziario e di personale ad organizzazioni già presenti sul luogo nel campo delle trasmissioni, della potabilizzazione dell'acqua, della logistica e della ricostruzione.

La situazione viene seguita ulteriormente con attenzione. Ove si rivelasse necessario e nell'ambito degli attuali mezzi finanziari molto limitati, potranno essere adottati adeguati provvedimenti.

3. Per facilitare gli interventi d'aiuto dopo la conclusione delle ostilità, il 3 aprile 1991, il Consiglio di sicurezza dell'ONU decise, con la risoluzione no. 687, un allentamento dell'embargo. Il movente fu il rapporto di un gruppo di esperti dell'ONU che, in occasione di una visita nell'Irak, constatò presso la popolazione civile gravi carenze – come citate dall'autore dell'interpellanza ai punti a. ad f. – nell'approvvigionamento alimentare e nel campo della sanità. Da allora le forniture di derrate alimentari sono nuovamente autorizzate, purché vengano notificate al comitato dell'ONU a cui compete l'applicazione delle sanzioni. Lo stesso dicasi per le esportazioni di merci vitali per il campo civile se il suddetto comitato dell'ONU non solleva alcuna obiezione. Dalle informazioni in nostro possesso risulta che nella definizione di tali merci vitali il comitato mostra un atteggiamento molto magnanimo. I medicinali non sono mai stati colpiti dall'embargo.

Il problema con il quale è confrontato l'Irak è il finanziamento di tali importazioni sebbene l'ONU ha deciso che i governi sono liberi di sbloccare a tale scopo averi iracheni all'estero. La Svizzera è per ora l'unico Paese che dispone di cospicue risorse irachene che consentono il finanziamento delle esportazioni autorizzate di medicinali, generi alimentari ed altri beni a carattere umanitario addebitandole su conti iracheni che consentono il finanziamento delle esportazioni autorizzate di medicinali, generi alimentari ed altri beni a carattere umanitario addebitandole su conti iracheni. Siccome la necessità di tali finanziamenti è innegabile, il Consiglio di sicurezza dell'ONU ha deciso, il 15 agosto 1991, di consentire all'Irak, durante i prossimi sei mesi, la vendita di petrolio per un valore massimo di 1,6 miliardi di dollari. L'Irak potrà utilizzare una parte del provento di queste vendite per l'importazione dei beni summenzionati, mentre un'altra (ancora da determinare al momento della stesura della presente risposta) verrà versata a vari fondi dell'ONU, con i quali si provvederà a finanziare le misure adottate nelle diverse risoluzioni dell'ONU.

Una completa revoca dell'embargo da parte dell'ONU non entra per ora in considerazione. Sarebbe tra l'altro prematura, in quanto non si può escludere che l'Irak si procurerebbe nuovamente tecnologie per la produzione bellica. Il Consiglio federale segue tuttavia attentamente l'evoluzione della politica d'embargo delle Nazioni Unite e indirizzerà la sua politica a seconda del mutamento delle condizioni, rispettando i principi della solidarietà internazionale. A tale riguardo è opportuno rilevare che nel caso dell'Irak i provvedimenti, decisi in modo imperativo dal Consiglio di sicurezza in virtù del capitolo VII della Carta dell'ONU per tutti gli stati membri, non sono mai stati adottati in questa misura e con una tale determinazione internazionale dalla comunità delle nazioni. Un confronto con le sanzioni economiche selettive adottate nei confronti del Sud Africa, che a suo tempo furono soltanto raccomandate, non regge.

Präsident: Der Interpellant beantragt Diskussion.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag auf Diskussion
Dagegen

Minderheit
offensichtliche Mehrheit